

Inhalt

2-5 Im Blickpunkt

- **Konferenz der Oberbürgermeister ostdeutscher Städte**
- **Europa: aktive Rolle der Kommunen beim Klimaschutz**

3 Beschlüsse

6 Fachinformationen

8 Termine

Deutscher Städtetag zum Koalitionsvertrag:

Kommunen warnen vor Steuersenkungen, die sie nicht verkraften können

Der Deutsche Städtetag hat an die neue Bundesregierung und den neuen Bundestag appelliert, bei allen Entscheidungen, die sich auf die Finanzsituation der Kommunen auswirken, die Folgen für die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu beachten. Das müsse auch für die geplanten milliardenschweren Steuerentlastungen gelten, erklärte der kommunale Spitzenverband nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Berlin.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, sagte: „Die Kommunen sind sich ihrer Verantwortung für die meisten öffentlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft bewusst. Gerade in der Krise müssen die Städte handlungsfähig bleiben, um sich weiterhin zuverlässig für Aufgaben wie die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, den Ausbau der Kinderbetreuung, Bildung, Integration und eine gute Infrastruktur engagieren zu können. Die Menschen vertrauen auf die kommunalen Leistungen vor Ort.“

Durch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise bestehe die Gefahr, dass vor allem Städte mit hoher Verschuldung und Arbeitslosigkeit handlungsunfähig werden. „Es muss verhindert werden, dass Kommunen finanziell zusammenbrechen und ihren Bürgern immer weniger und schlechtere Leistungen anbieten können. Die Finanzlage vieler Städte ist bereits jetzt verheerend und wird sich im kommenden Jahr noch weiter verdunkeln. Die aktuelle Steuerschätzung macht die ganze Dramatik der Einnahmeverluste deutlich, die noch größer sind als bisher befürchtet“, betonte die Städtetagspräsidentin. Sie verwies auf diese Daten und Einschätzungen:

- Kurzfristige Kassenkredite der Kommunen von inzwischen 32,6 Milliarden Euro sind ein Alarmzeichen, das niemand übersehen kann. Das Volumen, mit dem Städte laufende Ausgaben auf Pump finanzieren müssen, hat sich damit in den vergangenen zehn Jahren mehr als verfünffacht.
- Die Haushalte vieler Städte drohen zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben zu werden: zwischen sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben.
- 2009 brechen von bisher 41 Milliarden Euro Gewerbesteuer brutto voraussichtlich 7,4 Milliarden Euro weg – das sind rund 18 Prozent. Damit ist der Verlust noch einmal 1,4 Milliarden Euro höher als bei der Steuerschätzung im Mai vorhergesagt. (Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

- Die Sozialausgaben klettern gleichzeitig erstmals auf rund 40 Milliarden Euro – beinahe doppelt so viel wie kurz nach der Wiedervereinigung.
- Ab 2010 müssen die Kommunen bis 2013 voraussichtlich Defizite zwischen Einnahmen und Ausgaben von jeweils mehr als 10 Milliarden Euro befürchten. Diese Höhe ist bisher beispiellos, auch gegenüber dem Defizit aus dem Jahr 2003 von 8,4 Milliarden Euro in der bisher schwersten kommunalen Finanzkrise.

Steuerentlastung

Zu den im Koalitionsvortrag angekündigten Steuerentlastungen sagte Petra Roth: „Viele Städte können weitere Mindereinnahmen definitiv nicht verkraften. Wir lehnen allgemeine Steuerentlastungen nicht generell ab. Aber für die Städte ist nicht erkennbar, wie sie angesichts ihrer äußerst angespannten Finanzlage eine weitere Schwächung ihrer Einnahmehasis verkraften sollen, ohne dass Qualität und Verlässlichkeit der gerade in Krisenzeiten elementar wichtigen städtischen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger gefährdet werden.“

Die zusätzlichen von der Koalition geplanten Steuerentlastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen würden bei den Kommunen Steuerausfälle von voraussichtlich rund 3,6 Milliarden Euro jährlich verursachen. Davon entfielen mindestens 1,2 Milliarden Euro auf das steuerpolitische Sofortprogramm und 2,4 Milliarden Euro auf die ab 2011 in Aussicht gestellten Entlastungen bei der Einkommensteuer: „Wir appellieren deshalb an die Bundesregierung, ihre soeben im Koalitionsvertrag formulierten ‚Goldenen Regeln‘ für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik konsequent zu beachten.“

Gewerbsteuer – Kommission zu den Gemeindefinanzen

Da die Kommunen bereits konjunkturbedingt Ausfälle bei der Gewerbsteuer sowie dem kommunalen Anteil bei Lohn- und Einkommensteuer zu verkraften haben, lehnte der Deutsche Städtetag mit Nachdruck jede gesetzgeberische Demontage oder gar Infragestellung der Gewerbsteuer ab und warnte vor Steuersenkungen, die die kommunale Leistungsfähigkeit ernsthaft gefährden könnten.

Die Städte forderten Bundestag und Bundesregierung auf, die Gewerbsteuer als wichtigste Einnahmequelle der Städte nicht durch Maßnahmen zu schwächen, die vermeintlich zur Konjunkturbelebung dienen sollen. Die im Zuge einer Korrektur der Unternehmenssteuerreform bei der Berechnung der Gewerbsteuer vorgesehene Absenkung des Finanzierungsanteils bei Mieten werde daher abgelehnt.

Petra Roth: „Wir setzen weiterhin auf die Zusage der Kanzlerin aus diesem Frühjahr, dass die Gewerbsteuer unangetastet bleibt.“ Die Gewerbsteuer sei nicht nur die wichtigste städtische Steuer, sondern auch eine gute Steuer. Daran änderten auch die derzeitigen Steuerausfälle aufgrund einer noch nie da gewesenen Krise nichts.

Die von der Koalition geplante Kommission zur Zukunft der Gemeindefinanzen dürfe nicht allein die kommunalen Steuereinnahmen in den Blick nehmen. Eine solche Kommission müsse zwingend auch das Missverhältnis zwischen kommunalen Aufgaben und Ausgaben und den Einnahmen zum Gegenstand haben. Das gelte besonders im Bereich der Sozialpolitik, also bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose, der Kinder- und Jugendhilfe, den Hilfen für Menschen mit Behinderung und bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit.

Position der Städte zu weiteren Aspekten des Koalitionsvertrages

Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages befassten sich darüber hinaus mit weiteren für die Städte wichtigen Passagen des Koalitionsvertrages. Diese kommentierte in der Pressekonferenz der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude.

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit – Jobcenter

Christian Ude: „Die Städte kritisieren, dass es bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit nicht zu einer Verfassungsänderung kommt, um die Arbeitsgemeinschaften aus Kommunen und Arbeitsagenturen rechtlich abzusichern. Umso mehr kommt es jetzt darauf an, dass die Bundesagentur für Arbeit den Kommunen für die getrennte Aufgabenwahrnehmung attraktive Angebote zur freiwilligen Zusammenarbeit unterbreitet, so wie es die Koalition ankündigt.“ Die Städte müssten ihre Kompetenz auch bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik einbringen können und dürften in ihrer Rolle nicht auf die sozialen Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und die Kosten der Unterkunft reduziert werden.

Die getrennte Aufgabenwahrnehmung durch Kommunen und Arbeitsagenturen bedeute für die Zukunft getrennte Bescheide, getrennte Ansprechpartner für die betroffenen sieben Millionen Hilfeempfänger und einen Mehraufwand für die kommunalen Träger. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand müsse so weit wie möglich reduziert werden. Attraktive Kooperationsangebote sollten es ermöglichen, dass die Langzeitarbeitslosen ihre Leistungen auch in Zukunft möglichst unter einem Dach und abgestimmt angeboten bekommen. Durch gegenseitige Beauftragungen mit Dienstleistungen könnten die

beiden Träger, Kommunen und Arbeitsagenturen, ihre jeweiligen Kompetenzen zum Einsatz bringen.

Familienpolitik – Ausbau der Kinderbetreuung

In den vergangenen Jahren haben die Kommunen bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, familienfreundliche und attraktive Lebensbedingungen für Eltern, Kinder, junge und alte Menschen zu schaffen. Christian Ude: „Bund und Länder müssen jedoch endlich erkennen, dass der Ausbau der Kinderbetreuung für unter dreijährige Kinder nach wie vor unterfinanziert ist. Die Umsetzung des Rechtsanspruches ab dem Jahre 2013 werden die Kommunen ohne weitere Finanzhilfen nicht schaffen können – so sehr sich die Städte auch anstrengen.“

Bildung

Positiv bewerteten die Städte, dass der Koalitionsvertrag Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe definiert, die einer engen Partnerschaft aller Verantwortlichen bedarf.

„Bund, Länder und Kommunen agieren heute allerdings vielfach unkoordiniert in den verschiedenen Teilbereichen des Bildungssystems. Das Grundgesetz ermöglicht bisher kein koordiniertes Vorgehen aller Ebenen. Im Sinne eines kooperativen Föderalismus sollten die Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen miteinander verknüpft werden“, sagte Vizepräsident Ude. So müsse besonders ermöglicht werden, dass der Bund wie in den Jahren vor der Föderalismusreform I den Kommunen finanzielle Mittel zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur bereitstellen kann. Andernfalls könne die im Koalitionsvertrag angestrebte Bildungspartnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen nicht umgesetzt werden.

Daseinsvorsorge

Zur steuerlichen Behandlung von Leistungen der Daseinsvorsorge sagte Städtetags-Vizepräsident Ude: „Eine stärkere Besteuerung von Leistungen der Daseins-

vorsorge würde die Bürgerinnen und Bürger über höhere Gebühren belasten und auf ihren Widerstand stoßen. Die Städte werden die neue Regierung deshalb an ihrer im Koalitionsvertrag enthaltenen Aussage messen, dass Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht über die bestehenden Regelungen hinaus steuerlich belastet werden sollen.“

Im Widerspruch hierzu stehe allerdings die Ankündigung, die kommunale Abfallwirtschaft mit der Mehrwertsteuer zu belasten. Diese Belastung würde zwangsläufig zu einer Erhöhung der Müllgebühren führen. Die Abfall- und die Abwasserentsorgung seien als hoheitliche Aufgaben den Kommunen zugewiesen und gehörten zu den Aufgaben der Daseinsvorsorge. Eine steuerliche Gleichstellung privater und öffentlicher Unternehmen in der Abfallwirtschaft komme für den Deutschen Städtetag nur in Form einer steuerlichen Entlastung der privaten Unternehmen in Betracht.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die Städte sind sich mit der Koalition über die Bedeutung des Öffentlichen Personennahverkehrs einig, weil er unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge ist. Diese Einigkeit bestehe auch darin, das Personenbeförderungsgesetz unverzüglich an den europäischen Rechtsrahmen für den ÖPNV anzupassen. „Den im Koalitionsvertrag formulierten Vorrang sogenannter kommerzieller Verkehre lehnen die Städte jedoch strikt ab. Ein solcher Vorrang kommerzieller Verkehre widerspricht der erklärten Absicht, dass die Kommunen Aufgabenträger im ÖPNV bleiben. Er verstößt gegen europäisches Beihilferecht und käme einer faktischen Enteignung kommunaler Verkehrsunternehmen gleich“, sagte Ude. Gleichzeitig würde der Einfluss der Kommunen auf die örtliche Verkehrsplanung erheblich erschwert.

Den Beschluss im Wortlaut finden Sie im Internet unter www.staedtetag.de unter der Rubrik Pressecke.

Weitere Beschlüsse von Präsidium und Hauptausschuss in Berlin

- **Erklärung zur Unterstützung der Bewerbung der Landeshauptstadt München um die Olympischen Winterspiele 2018**
- **Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes**
- **Rolle der Kommunen als Partner der Entwicklungszusammenarbeit**
- **Herausforderungen des demografischen Wandels**

Diese und weitere Beschlüsse sind abrufbar in der Rubrik „Presse-Ecke“/ „Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Europarat – KGRE-Resolution zum Klimawandel:

Kongress der Gemeinden und Regionen fordert aktive Rolle der Kommunen beim Kampf gegen den Klimawandel

Mit der Resolution „Die globale Herausforderung des Klimawandels: Gegenmaßnahmen auf örtlicher Ebene“ fordert der Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE) eine aktive Rolle für die Kommunen bei den UN-Klimaschutzrahmenverhandlungen, die im Dezember 2009 in Kopenhagen stattfinden werden. An der 17. Plenarsitzung Mitte Oktober in Straßburg nahmen 318 Delegierte aus 47 Ländern teil.

Sie appellierten an die Regierungen, den Kommunen zu gestatten, an den Verhandlungen über ein neues Klimaabkommen unmittelbar teilzunehmen und kommunale Vertreter in die jeweiligen nationalen Delegationen aufzunehmen. Anders als in Estland, Finnland, Frankreich und Norwegen ist in Deutschland bisher keine kommunale Beteiligung an der nationalen Delegation vorgesehen. Der Deutsche Städtetag hatte bereits in einem Schreiben an den ehemaligen Umweltminister

Gabriel dafür geworben, die kommunale Dimension im Kyoto-Nachfolgeprotokoll mehr als bisher anzuerkennen. Danach solle der künftige Verhandlungstext beinhalten, dass die Rolle der Städte insbesondere bei der Umsetzung nationaler Klimastrategien und Aktionspläne angemessen berücksichtigt wird.

Außerdem benötigten Kommunen geeignete Instrumente und finanzielle Unterstützung, um den internationalen Klima-Verpflichtungen auch nachkommen zu können. Der Deutsche Städtetag macht sich dafür stark, eine kommunale Vertretung in die nationale Verhandlungsdelegation mit aufzunehmen.

Die Resolution des KGRE ist abrufbar unter:
<https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1530313&Site=Congress&BackColorInternet=e0cee1&BackColorIntranet=e0cee1&BackColorLogged=FFC679>.

Personalien

Norbert Bude (SPD), der seit 2004 Oberbürgermeister von Mönchengladbach und seit Mitte 2008 Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen ist, wurde neu in das Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt. Ebenso **Peter Jung** (CDU), Oberbürgermeister von Wuppertal, der seit 2004 an der Stadtspitze steht. Weiterhin wurde **Adolf Sauerland** (CDU) neu ins Präsidium gewählt. Er ist seit fünf Jahren Oberbürgermeister von Duisburg. Ebenfalls neu im Präsidium ist **Stephan Weil** (SPD), seit 2006 Oberbürgermeister von Hannover und seit 2007 Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen. Aus dem Präsidium des Deutschen Städtetages wurden verabschiedet: **Franz Haug** (CDU), der zehn Jahre als Oberbürgermeister an der Stadtspitze von Solingen stand, **Dr. Gerhard Langemeyer** (SPD), der seit 1999 Oberbürgermeister von Dortmund war, sowie **Angelika Volquartz** (CDU), die seit 2003 Oberbürgermeisterin von Kiel war. Langemeyer wurde im Jahr 2002 in das Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt, Haug im Jahr 2005, Volquartz war seit 2006 Mitglied. Aus dem Präsidium sind außerdem **Dr. Jürgen Linden** (SPD) und **Fritz Schramma** (CDU) ausgeschieden. Linden war seit 1989 Oberbürgermeister von Aachen und seit 2000 Mitglied im Präsidium. Schramma war seit 2000 Oberbürgermeister von Köln und Präsidiumsmitglied.

Oberbürgermeister der neuen Länder tagten in Jena

Steigende Sozialausgaben belasten Haushalte der Städte – bessere Zusammenarbeit der Kommunen gegen Rechtsextremismus

Durch steigende Sozialausgaben und sinkende Einnahmen stehen die Haushalte der ostdeutschen Städte vor einer Zerreißprobe. Deshalb protestieren die Städte gegen die geplante Absenkung des Bundesanteils bei den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose, die das Bundeskabinett in seiner letzten Sitzung in dieser Woche beschlossen hat. „Der Bund muss sich an den steigenden Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose stärker beteiligen und darf seinen Anteil für 2010 auf keinen Fall senken“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, nach einer Konferenz der Oberbürgermeister der ostdeutschen Städte in Jena. Die Städte appellierten an die künftigen Koalitionspartner, die Absenkung des Bundesanteils im laufenden Gesetzgebungsverfahren zu verhindern.

Die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose und ihre Familien lagen im Jahr 2008 in Ostdeutschland bei 216 Euro je Einwohner und beliefen sich insgesamt auf gut 2,8 Milliarden Euro. Außerdem stellen die wachsenden Ausgaben für die Grundsicherung im Alter für ostdeutsche Städte ein besonderes finanzielles Risiko dar. „Die Städte brauchen eine Entlastung bei den ständig steigenden Sozialausgaben“, forderte Articus.

Zur Finanzlage der Städte in den neuen Ländern berichtete der Städtetags-Hauptgeschäftsführer, dass die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden 2009 infolge der Wirtschaftskrise voraussichtlich um etwa 10 Prozent sinken werden. Je Einwohner liegen die Steuereinnahmen der ostdeutschen Städte und Gemeinden bei 54 Prozent, und erreichen so nur knapp mehr als die Hälfte des Westniveaus. Die regulären Einnahmen aus Zuweisungen von Bund und Ländern sind nach wie vor die Haupteinnahmequelle der Kommunen in den neuen Ländern. Sie werden erst verzögert sinken und voraussichtlich zu zusätzlichen, deutlichen Einnahmeverlusten für die kommunalen Haushalte in den nächsten Jahren führen.

20 Jahre nach dem Mauerfall sprachen sich die Oberbürgermeister der ostdeutschen Städte einhellig dafür aus, die Städtebauförderung beispielsweise mit den erfolgreichen Programmen „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau“ zu verstetigen und zu flexibilisieren. Es gehe darum, bestimmte Quartiere mit Blick auf den demografischen

Wandel nachhaltig zu entwickeln. Zudem müsse die Altschuldenhilfe für ostdeutsche Wohnungsunternehmen fortgesetzt werden.

Kommunen gegen Rechts

Die Oberbürgermeister der ostdeutschen Städte haben verabredet, sich beim Kampf gegen Rechtsextremismus besser zu vernetzen und die Zusammenarbeit zwischen den Städten zu intensivieren.

Der Oberbürgermeister von Jena, Dr. Albrecht Schröter, sagte: „Wir sind überzeugt, dass im Kampf gegen Rechtsradikalismus mehr erreicht werden kann, wenn sich Kommunen gegenseitig unterstützen. Unser Ziel ist es, einerseits das bürgerschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus zu stärken und andererseits auch durch persönliches Auftreten der Bürgermeister ein demokratisches Zeichen zu setzen. Durch ihr Beispiel können die Bürgerinnen und Bürger zu noch größerer Beteiligung beim Kampf gegen Rechtsextremismus motiviert werden.“ Auf Initiative des gastgebenden Oberbürgermeisters wird im Januar 2010 in Jena eine Konferenz stattfinden, bei der die Zusammenarbeit zwischen interessierten Kommunen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken vor Ort diskutiert werden soll.

Der Deutsche Städtetag unterstützt den Erfahrungsaustausch zwischen den Städten in Fragen des Rechtsextremismus nach Kräften. Bund, Länder und Kommunen haben in den vergangenen Jahren über 4000 Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gefördert und damit dafür gesorgt, dass das Thema stärker öffentlich wahrgenommen wurde. Die jüngste Wahlniederlage der rechten Parteien in Brandenburg und ihr Verschwinden aus dem Brandenburger Landtag ist auch ein Beispiel für den Erfolg dieses Engagements.

Der Deutsche Städtetag trägt die Bundesinitiative „Orte der Vielfalt“ mit, die beispielhafte Projekte im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt unterstützt und auszeichnet. Bereits 2005 hat der Deutsche Städtetag eine „Erklärung zum Rechtsradikalismus“ beschlossen. Die Erklärung ist unter www.staedtetag.de abrufbar in der Rubrik Presse-ecke/Beschlüsse.

Soziales

Kosten für Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt steigen weiter

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, haben Ende 2008 rund 768 000 Menschen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten. Gegenüber 2007 erhöhte sich damit die Zahl der Hilfebezieher um 4,8 Prozent. Im Jahr 2008 gaben die Kommunen und die überörtlichen Träger für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung rund 3,8 Milliarden Euro brutto aus. Netto – nach Abzug insbesondere von Erstattungen anderer Sozialleistungsträger – waren es rund 3,7 Milliarden Euro. Im Vergleich zu 2007 sind die Ausgaben der Grundsicherung netto um 6,0 Prozent gestiegen. Seit Einführung der Leistung haben sich die Nettoausgaben nahezu verdreifacht. Darüber hinaus sind auch die Kosten der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII gestiegen und zwar um 16,1 Prozent. Ende 2008 erhielten in Deutschland rund 325 000 Personen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Das waren 4,0 Prozent mehr Hilfebezieher als im Vorjahr. Insgesamt gaben die Kommunen und die überörtlichen Sozialhilfeträger für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt 888 Millionen Euro netto aus.

Recht

Vergleich „Beteiligungsrechte von Kindern in Deutschland“ erschienen

Mit der Analyse „Beteiligungsrechte von Kinder- und Jugendlichen in Deutschland – Ein Vergleich der gesetzlichen Bestimmungen in den Bundesländern“ hat das Deutsche Kinderhilfswerk eine umfassende Studie vorgelegt, in der die gesetzlichen Bestimmungen der Bundesländer hinsichtlich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verglichen werden. Schwerpunkte sind hierbei: das Wahlrecht für Kinder und Jugendliche, Beteiligungsrechte in den Kommunen, in Kindertageseinrichtungen und vor allem in der Schule. Aber auch Fragen der Förderung von Beteiligungsrechten werden betrachtet. Die Studie kann abgerufen werden unter: http://www.dkhw.de/cms/index.php?option=com_content&view=article&id=608-deutsches-kinderhilfswerk-mehr-beteiligungsrechte-fuer-kinder-und-jugendliche-notwendig-&catid=68-pressemitteilungen&Itemid=76.

Verkehr

Positive „Umweltbilanz“ der Abwrackprämie

Das Gutachten „Abwrackprämie und Umwelt“ des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) hat im Auftrag des Bundesumweltministeriums in Bezug auf Luftreinhaltung und Lärm eine erste Bilanz gezogen.

Danach habe die Abwrackprämie positive Wirkungen auf die Umwelt zur Folge. Nach den Berechnungen der Gutachter liegen Spritverbrauch und CO₂-Ausstoß der neuen Pkw durchschnittlich um rund 20 Prozent niedriger als bei den abgewrackten Fahrzeugen. Bei den klassischen Luftschadstoffen sind es sogar bis zu 99 Prozent weniger als vorher. Im Durchschnitt betrug das Alter der durch neue Fahrzeuge ersetzten Altwagen mehr als 14 Jahre – das entspricht dem Alter der ansonsten aus dem deutschen Bestand abgemeldeten Pkw.

Die Studie wertet es als einen zusätzlichen Erfolg der Prämie, dass private Halter sich für die Anschaffung von Fahrzeugen entschieden haben, die gegenüber üblichen Gebrauchtfahrzeugen kleiner, moderner und effizienter sind. Ein Marktwandel hin zu niedrig verbrauchenden Pkw habe sich dadurch in einer noch nie da gewesenen Schnelligkeit vollzogen. Die Studie des ifeu erhalten Sie unter: http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/ifeu_abwrackpraemie_bf.pdf.

Organisation

KGSt hat neues Internetportal gestartet

Auf dem neu gestalteten Internetportal der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) können Kommunen jetzt auf das Wissen der KGSt an einer Stelle zurückgreifen. Auf der Internetseite sind Recherchen im Portal, in der KIKOS-Wissensdatenbank und der IKON-Vergleichsdatenbank, auf den Seiten von ausgewählten Partnern oder in Diskussionsforen bis hin zur Bestellung von Arbeitsergebnissen und Buchung von Seminaren möglich. Mit Mailadresse und Zugangspasswort stehen KGSt-Mitgliedern alle Leistungen zur Verfügung. Kommunen, die nicht KGSt-Mitglied sind, können sich registrieren und erhalten einen eingeschränkten Zugang zu den Inhalten des neuen Portals. Weitere Informationen unter www.kgst.de.

Weitere Fachinformationen sowie Berichte aus den Gremien sind für Mitglieder des Deutschen Städtetages abrufbar in den Fachbereichen im Extranet des Deutschen Städtetages unter <http://extranet.staedtetag.de>.

Deutschland baut auf den Mittelstand. Der Mittelstand baut auf uns – gerade in schwierigen Zeiten.

Unser Geschäftsmodell ist einfach, stabil und wirkungsvoll: Wir machen Finanzgeschäfte, die wir verstehen, mit Menschen und Unternehmen, die wir kennen. So sind wir mit weitem Abstand zum wichtigsten Finanzpartner der Unternehmen in Deutschland geworden. Auch in schwierigen Zeiten stehen wir zu unserer Verantwortung und bleiben ein verlässlicher Partner. Die Sparkassen und ihre Verbundpartner haben insgesamt 450 Mrd. Euro an Firmenkrediten ausgereicht. Und im laufenden Jahr haben wir die Kreditvergabe an den Mittelstand nochmals gesteigert.

Dem Wohlstand ihrer Region und den dort lebenden Menschen verpflichtet: die Sparkassen.
Gut für Sie – und gut für Deutschland.

Fragen zur Finanzwirtschaft?

Wir helfen Ihnen gern –
in Ihrer Sparkasse oder online unter
www.gutfuerdeutschland.de



Finanzen

Strategisches Investitionsmanagement: Langfristig erfolgreich trotz knapper Kassen

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik
7. bis 8. Dezember 2009 in Berlin

Weitere Informationen unter www.difu.de

Bildung

Verspieltes Wissen?! Verbesserung der Bildungsqualität in vorschulischen Einrichtungen

Fachtagung des Deutschen Städtetages, des Deutschen Instituts für
Urbanistik und der Telekom-Stiftung

14. bis 15. Januar 2010 in Berlin

Weitere Informationen unter www.difu.de

„Starker Sport – starke Kommunen! – Wege für eine zukunftsfähige Partnerschaft“

Kongress des Deutschen Olympischen Sportbundes, des Deutschen
Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

5. bis 6. März 2010 in München

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Stadtentwicklung

public 10

Fachmesse für Stadtplanung und öffentliche Raumgestaltung
18. bis 19. Mai 2010 in Stuttgart

Weitere Informationen unter www.public10.de

Weltausstellung „Better City, Better Life“

Kommunale Beteiligung auf der Expo 2010 in Shanghai

1. Mai bis 31. Oktober 2010 in Shanghai

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Wirtschaft

Stadtwerk der Zukunft IV: Konzessionsverträge – Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke

Infotag des VKU und der kommunalen Spitzenverbände

16. Dezember 2009 in Hannover

Weitere Information unter www.vku.de

Öffentliche Wirtschaft – Fundament nachhaltiger Entwicklung

Symposium des BVÖD, des Deutschen Städtetages, des VKU und des VDV
10. bis 11. Dezember 2009 in Berlin

Weitere Informationen unter www.bvoed.de

Recht

15. Deutscher Präventionstag „Bildung – Prävention – Zukunft“

10. bis 11. Mai 2010 in Berlin

Weitere Informationen unter www.praeventionstag.de

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Lindenallee 13–17, 50968 Köln, Telefon: 0221/37 71-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler, Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 022 24/90 21-21, Fax: 022 24/90 21-23, E-Mail: diederichs@medeya.de